

Abstimmung vom 17.6.2012

Auch die zweite Bauspar- Initiative scheitert

**Abgelehnt: Volksinitiative «Eigene vier Wände
dank Bausparen»**

David Kübli

Empfohlene Zitierweise: Kübli, David (2019): Auch die zweite Bauspar-Initiative scheitert. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Der Hauseigentümergebiet (HEV) reicht am 23. Januar 2009 die sogenannten Zwillingsinitiativen ein. Dabei fordert die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» eine fakultative Befreiung von der Eigenmietwertbesteuerung für Rentnerinnen und Rentner (vgl. Vorlage 564). Die zweite Zwillingsinitiative ist die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen». Diese Initiative folgt auf die von der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) im September 2008 eingereichte Bauspar-Initiative (vgl. Vorlage 556).

Hintergrund und Motivation zur Initiative ist die Förderung der Wirtschaftstätigkeit durch mehr Bauaufträge für privates Wohneigentum. Die Wohnbauförderung ist ein Verfassungsauftrag des Bundes. Die Initianten der Initiative sind der Meinung, dass der Wohneigentumsanteil in der Schweiz zu tief ist. Die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» kommt am 17. März 2009 mit 120 460 gültigen Unterschriften zustande.

In seiner Botschaft empfiehlt der Bundesrat, die Initiative abzulehnen. Er sieht den Verfassungsauftrag zur Förderung des Bauens von Wohneigentum bereits erfüllt und somit eine Gesetzesänderung als überflüssig. Die Vorbezugsmöglichkeiten aus der 2. und 3. Säule erachtet der Bundesrat bereits als wirksame Instrumente für die Förderung des Ersterwerbs von Wohneigentum. Als weitere Fördermassnahme ist der steuerliche Eigenmietwert unter dem Marktwert festgelegt. Die Forderungen der Initianten würden zudem mehrheitlich Wohlhabende begünstigen. Nachbesteuerungsbestimmungen für den Fall, dass Bausparmittel nicht zweckgemäss verwendet würden, sind in der HEV-Initiative nicht erwähnt.

Die beiden parlamentarischen Kammern können sich nicht auf eine gemeinsame Empfehlung zur Initiative einigen. Während der Nationalrat das Volksbegehren zur Annahme empfehlen will, schliesst sich der Ständerat dem Bundesrat an und fordert die Ablehnung der Initiative. Ein geplanter Gegenentwurf scheitert ebenfalls (vgl. Vorlage 556).

GEGENSTAND

Die Initiative des HEV (nachfolgend HEV-Initiative) geht inhaltlich weniger weit als die vorangegangene Initiative der SGFB (vgl. Vorlage 556). Sie beschränkt sich auf die steuerliche Privilegierung von Bauspareinlagen für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum in der Schweiz (maximal 10 000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte) während längstens zehn Jahren. Im Gegensatz zur SGFB-Initiative ist sie nicht bloss fakultativ, sondern zwingend auf Stufe des Bundes und der Kantone einzuführen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Während bei der Abstimmung zur SGFB-Initiative im März 2012 alle bürgerlichen Parteien noch hinter der Bauspar-Idee gestanden haben, sind es jetzt nur noch die FDP und die SVP, welche die HEV-Initiative unterstützen. Die BDP beschliesst Stimmfreigabe und die CVP spricht sich nun gegen die Initiative aus. Auch können die Initianten kaum damit rechnen,

dass beim Stimmvolk seit der Ablehnung der SGFB-Initiative im März in so kurzer Zeit ein Meinungsumschwung stattgefunden hat. Das Hauptargument der Gegner der Initiative ist, dass mehrheitlich Wohlhabende von der neuen Gesetzgebung profitieren würden, diese sich jedoch ohnehin bereits ein Eigenheim leisten könnten. Ebenfalls warnen die Gegner vor Steuerausfällen, welche die gesamte Bevölkerung zu tragen hätte.

ERGEBNIS

In der Abstimmung vom 17. Juni 2012 wird die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» mit 68,9% der Stimmen und von allen Ständen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung beträgt 38,5%

Wie die Nachbefragungen der Vox-Analyse ergeben, stellten sich selbst die Anhänger der SVP und der FDP häufig gegen ihre Partei und unterstützten die Initiative nur mit 36% und 42% der Fälle. Im Vergleich zur Abstimmung über die SGFB-Initiative im März sank der Anteil der Befürworter um ca. 10%. So glaubten nun weniger Personen, dass das Bausparen den Familien und dem Mittelstand zu Gute komme. Die Auswertung der Stimmotive ergab, dass etwa ein Drittel der Befürworter aus Überlegungen des Eigennutzens ein Ja in die Urne gelegt hatte.

Die Argumente der Initiativgegner erhielten entsprechend mehr Zustimmung als bei der Abstimmung über die SGFB-Initiative im März. Im Vergleich zur damaligen Initiative zeigte sich jetzt im linken Lager und in der Mitte eine höhere Parteigebundenheit. Die Anhängerschaft der CVP lehnte die Initiative mit 76% ab, diejenige der SP mit 74%. Das Hauptstimmotiv der Gegner war, dass die aktuellen Fördermassnahmen ausreichen würden und die Initiative nur diejenigen begünstigen würde, die sich ohnehin bereits ein Eigenheim leisten konnten.

QUELLEN

Freymond, Nicolas, Marlène Gerber und Hans Hirter (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Die Bausparinitiativen, 2007–2012*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 28.8.2017.

Gerber, Marlène (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: HEV-Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“*, 2012. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 28.8.2017.

Milic, Thomas, und Adrian Vatter (2012). *VOX 107. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 17. Juni 2012*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 17.6.2012 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 09.074).

Bundesblatt: BBl 2009 6975.